

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr
Abonnenten für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Feiertagen nur einmal) 3,50 M., durch auswärtige Kommissäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 4 M. (ohne Beleggeb.).
K u s t e n: D r e s d e n -L i n g e n 2,45 M., S c h w e i z 3,50 M., S t a d t 7,17 M. Nachdruck nur mit bewilligter Genehmigung (Dresdner Anz.) zulässig. — Unverlangte Nummern werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Zarif.
Annahme von Anzeigen bis nach 3 Uhr, Sonntags nur Morgenblätter bis nach 11 bis 1/2 Uhr. Die einseitige Zeile (einschließlich 20 Sp.) die zweispaltige Zeile auf 20 Sp., die dreispaltige 15 Sp. M., Familien-Anzeigen aus Dresden die einseitige Zeile 25 Sp. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorauszahlung. Jedes Wort 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25 241.
Nachrichtsbl. 11.

Für Feinschmecker:

Lebeck's Marka Dreiring.

Fondant-Chocolade	per Tafel 50 Pf
Rahm-Chocolade	
Bitter-Chocolade	
Cacao	per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
Dessert	per Carton 2,3 u. 4 M.

Hauptgeschäftsstelle:
Wartenstraße 34/40.

Lampen aller Art
Böhme & Hennen
Viktoriastraße 9. Telephon 4837.

Dresdner
Feldschlösschen-Lager
bleibt unübertroffen!

Kretschmar, Bösenberg & Co.
Kronleuchterfabrik
Königl. Sächs. Hoflieferanten
DRESDEN - A.
Serrestr. 5 u. 7.

Lederwaren - Reise-Artikel **Adolf Näter** **Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft**
26 Prager Strasse 26.
Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Versand nach auswärts. — Katalog kostenlos.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Gewitterneigung, sonst keine Veränderung.

Das Kaiserpaar nahm gestern in Breslau eine Guldigung von 24000 Schullindern entgegen.

In Potsdam verlautet, daß der Kronprinz im Frühjahr die Führung des Breslauer Grenadier-Regiments Nr. 11 übernehmen wird.

Reichsregierung und Bundesrat werden einem etwaigen Beschlusse des Reichstages auf Schaffung eines Wahlprüfungsgerichtshofes ihre Zustimmung voraussichtlich nicht versagen.

Der Wettbewerb zur Umgestaltung des Berliner Königsplatzes für den Zweck des Spernhausbauens wird im Herbst ausgeschrieben werden.

In Gegenwart des Erzbischofs Karl Franz Joseph fand gestern bei Aulm eine Jahrhundertfeier statt.

Von Amsterdam aus wurde eine Bewegung eingeleitet, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, die Schweiz und Luxemburg für den Kriegsausfall zusammenzuschließen.

Die Nachricht von einer Einigung der Mächte über einen Finanzkonkordat gegenüber der Türkei wird von London aus demontiert.

In Sofia wird behauptet, daß Bulgarien in direkte Unterhandlungen mit der Türkei eintreten will.

Der griechische Ministerrat beschloß auf Verlangen Bulgariens und der Großmächte, Dekretativ bis zum Eintreffen der Bulgaren besetzt zu halten.

Krieg und Frieden in der sozialdemokratischen Partei.

Der Jenaer Parteitag wirft seine Schatten voraus. In zahlreichen Bezirks- und Lokalversammlungen nehmen die „Genossen“ zu den Themen des bevorstehenden Parteitages Stellung. Zum Teil geht es dabei recht kühnlich her wie längst auf dem Parteitag der Provinz Brandenburg in Frankfurt a. O., in Nieder-Barnim oder Lehnitz in den Versammlungen der Groß-Berliner Wahlkreis-Organisationen. Es herrscht Konfliktstimmung in der Partei, und den Führern werden bisweilen heftige Wahrheiten gesagt. Es konnte den Massen nicht verborgen bleiben, daß ein Stillstand in der Bewegung der Klassenkampfpartei eingetreten ist. Daher die Unzufriedenheit mit den leitenden Persönlichkeiten, daher die ausgedehnte Debattier- und Diskutterlust und die veränderte, aller Disziplin widerprechende Sprache gegenüber der Parteigröße. Die Atmosphäre ist mit Elektrizität geladen. Der Jenaer Parteitag soll das Ventil sein, um die Spannung zur Entladung zu bringen.

Es sind zwei Fragen, die die Gemüter der „Genossen“ aufs heftigste bewegen, die Frage des Massenstreiks und die Haltung der Reichstagsfraktion in den Kämpfen um die Wehr- und Decungsvorlage. Angenehm ist, daß die Führer die Frage der Propagierung des Massenstreiks als das für sie ungefährlichere Thema in den Vordergrund schieben werden, um die Aufmerksamkeit der Massen und der Parteitagsgeschiedrigen von der Partei in ihrem Inneren aufwühlenden Angelegenheit der Billigung oder Mißbilligung der Haltung der Reichstagsfraktion in der Steuerfrage abzulenken. Ist die erwähnte Angelegenheit nur eine taktische, so ist die letztere eine taktische und zugleich eminent pro-grammatische. Verfehlt ist indessen die im bürgerlichen Lager stellenweise zum Ausdruck kommende Auffassung, daß über den Meinungsverschiedenheiten die sozialdemokratische Partei auseinander bersten könnte. Die Partei des unentwegten Klassenkampfes hat schon schwerere und tiefer gehende Konflikte überwunden als den jetzt zum Austrag drängenden. Im geeigneten Augenblick hat sich stets noch die richtige Kompromißformel gefunden, die, fein säuberlich vorbereitet, denn auch in der entscheidenden Stunde Annahme fand. Daran wird auch der Umstand nichts ändern, daß der alte Nebel nicht mehr unter den Lebenden weilt und die divergierenden Kräfte nicht mehr zusammenhalten vermag. Seine Autorität war längst nur noch eine scheinbare, mehr auf die Ehrfurcht als auf eine überragende Bedeutung gegründete. Die Fäden der Herrschaft waren längst seinen weichen Händen entglitten,

und jüngere Leute wie der Hohenzollernverächter Scheidemann u. a. saßen am Ruder. Die Parteitage haben unter der Führung der Jungen und Jüngsten ein anderes Gesicht bekommen, ein weniger radikales, der Parteivorstand ist vielfach gewordener und soll in Zukunft noch mehr Personen als bisher umfassen, aber damit ist auch die Notwendigkeit der vorherigen Verständigung gewachsen, und die Kunst des Vermittelns, die Kunst der Diplomatie, feiern ihre Triumphe. Es wird weniger mit grobem Geschütz geschossen als früher. Die Neben sind nicht mehr so wild wie einstmals, als die Partei noch in ihrer Sünden Mäienblüte stand und von keinerlei Verantwortlichkeitsgefühl angekränkt war. Die einschüchternen Parteimänner mahnen zur Geduld und Mäßigung, weil sie von den lauten Streitigkeiten eine Beeinträchtigung des Prestige der Partei bei den bürgerlichen Mitläufern befürchten. Sie weisen darauf hin, daß eine Partei von 4 1/2 Millionen Wählern Rücksichten zu nehmen habe auf die Stimmung im Bürgertum, um die Stimmen der zahlreichen Mitläufer nicht zu verlieren. Diese „Dämpfung“-Politik werden wahrscheinlich den Sieg davontragen. Daß das Bürgertum indessen von ihnen ebensoviele etwas Gutes zu erwarten hat wie von den Heißspornen im radikalen Lager, dürfte keines Beweises mehr bedürfen.

Es ist bezeichnend für die Stimmung im roten Lager, wie die Ansichten über die Haltung der Reichstagsfraktion in der Decungfrage auseinander und durcheinander gehen und wie die Meinungen der Radikalen und Revisionisten vermerkt erscheinen. Es ist bekannt und erst jüngst durch den Bericht des Parteivorstandes wieder ausführlich bestätigt worden, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die neuen Steuererfolge in zwei starke Gruppen gespalten war, daß 52 Mitglieder für den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer und 37 dagegen gestimmt haben, während die übrigen sich der Stimme enthalten haben. Der Genosse David hat sich auf der heftigsten Landeskonferenz zum Wortführer derer aufgeworfen, die es für opportun hielten, „positive“ Arbeit zu leisten, und er hat bereits einen Antrag ausgearbeitet und vorbereitet für den Parteitag, der die Zustimmung der Fraktion zu den Besteuerungsgeboten ausdrücklich billigen soll. Er wendete sich scharf gegen die „Schlammieraktion“ der Unentwegten, die den Verwehrensgegenstand der Steuererfolge, die Verstärkung der Rüstungen, ausschlaggebend sein lassen wollten, und meinte, daß die Sozialdemokratie sich um jeden politischen Kredit gebracht hätte, wenn sie den Entwurf abgelehnt hätte. Ja, er sprach geradezu davon, daß die Vermögenszuwachssteuer einen außerordentlichen Erfolg der sozialdemokratischen Partei bedeute. Mag diese Auffassung auch von harter Einbildung und Annahme eingeboren sein, ihrer Wirkung auf die Massen ist eine solche Behauptung immer sicher. Jedenfalls übt sie in diesem Falle mehr Einfluß auf die Massen als die Taktik der Oppositionellen, die sich hinter dem Dogma verstanzen. Ein Radikaler, der Abgeordnete Liebknecht, hat sich zu derselben Auffassung bekannt und es in Frankfurt a. O. ausgesprochen, daß die Reichstagsfraktion das kleinere Übel wählen mußte. Hätte die Fraktion, so kalkuliert er, nach dem Grundgedanken, diesem System keinen Raum und keinen Gehalt, dann hätte man eine Auflösung des Reichstages gewärtigen müssen, und eine solche wäre, das ist zwischen seinen Worten zu lesen, man dann neue indirekte Steuern gewärtigen müssen. Diese Ansicht, zusammen mit der Mandatskurz, war für die Ja-Sager die Triebfeder ihres Handelns. Stimmt man zu, so hätte man die längst ersehnte Möglichkeit, die Reichen durch Besteuerung besonders zu treffen und „den Rüstungsstaumel der Kleinkapitalisten zu dämpfen“. Eine solche faulwe Gesegensheit, den verhassten „Militaristen“ eins auszuwichen, konnte selbst ein großer Teil der in dogmatischen Bedenken befangenen Radikalen sich nicht entgehen lassen. Andere Parteileute, die ebenfalls im radikalen Lager zu suchen sind, führen auch das Argument ins Feld, daß eine Fraktion, hinter der 4 1/2 Millionen Wähler stehen und die aus 110 Köpfen besteht, genötigt gewesen sei, „positiv“ an den Arbeiten des Reichstages mitzuwirken, ein Argument, das, wenn es in früheren Zeiten und unter anderen Umständen von den Revisionisten erhoben wurde, von den Radikalen mit Kopfschütteln abgetan wurde. Der Chor der ganz „Prinzipienfesten“ wird dagegen von Rosa Luxemburg angeführt. Ihre Vorwürfe hageln auf die „Gesegensmacher“, die Reber, die Abtrünnigen, die sich erdreistet haben, von dem geheiligten Dogma abzuweichen. Aber ihre Wutaus-

brüche werden auf der anderen Seite nicht recht ernst genommen, als töricht und dumm bezeichnet. Man kann sich also schon recht einen Begriff davon machen, welcher Ton von den Leuten dieses Schlages auf dem Parteitage angeklungen werden wird. Es ist indessen wahrscheinlich, daß ihre Anarthe ziemlich wirkungslos verpuffen werden. Die Parteiführer werden sie reden lassen, und da ihre Gruppe verhältnismäßig klein, die der Opportunisten aber um so größer ist, eine sichere Mehrheit in der Stille um sich versammeln, die die Beschlüsse der Reichstagsfraktion schließlich billigen wird. Mit diesem System der „Burdichtigkeit“ hat man schon bei früheren Gelegenheiten gute Erfahrungen gemacht.

Können die Parteiführer hoffen, in dieser wichtigen, aber mehr theoretischen Frage das laute Geschrei zu dämpfen, so brauchen sie in der anderen zu Diskussion stehenden Angelegenheit, der des Massenstreiks, um so weniger Rücksichten zu nehmen. Je mehr der Ruf nach dem Massenstreik das Steuergeßel überdient, desto willkommener wird es den verantwortlichen Regisseuren des Parteitagstages sein. Hier können sie die Geißel sich austoben lassen, hier können sie den Massen ein klares Ziel zeigen und hoffen, der unzufriedenen Stimmung Reifher zu werden. Die revolutionäre Stimmung wächst zusehends, ihr gilt es, Rechnung zu tragen. Von den Radikalen und Revisionisten wird gleichmäßig das Verlangen nach Strahlendemonstrationen und Aktionen erhoben, um den Massen neuen Kationstoff zu bieten, ihre Unzufriedenheit zu dämpfen und ihr Interesse von dem unfruchtbaren Steuergeßel abzulenken. Einem großen Teile der Parteiführer ist diese von unten heraufkommende Stimmung gar nicht unangenehm, sie schüren sie womöglich gar noch, wie Liebknecht, um sich hinterher auf „die Stimme des Volkes“ berufen zu können. Der Widerstand gegen die Idee des Massenstreiks kommt weniger aus den Kreisen der Revisionisten, wiewohl auch hier einstimmige Köpfe vor den schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen warnen, sondern mehr aus dem Lager der Gewerkschaften, wo man für die so mühsam aufgeschichteten Millionen fürchtet. Zwischen den Gewerkschaftlern und den Vertretern der Partei wird daher der eigentliche Kampf in Jena ausgefochten werden. Ihm werden die Bürgerlichen das besondere Interesse zuwenden müssen; denn wie die Entscheidung auch fallen wird, auf jeden Fall wird sie das Verhalten der Noten in der nächsten Zeit und die politische Zukunft im Reiche und in Preußen erheblich beeinflussen.

Der Kaiserbesuch in Breslau.

In der am Sonnabend vormittag der Kaiser und die Kaiserin in Begleitung des gesamten Hofes weilten, besichtigte der Kaiser zunächst die historische Ausstellung und in dieser als erstes Stück die Staatskathedrale Napoleons. Dann besuchte der Kaiser die österreichische und die russische Abteilung, sowie die bayerische und die sächsische. Von einer Auszeichnung der Jahrhundert-Ausstellung war auf Wunsch des Kaisers, der weiterhin auch die übrigen Teile der Ausstellung, so die Kolonial- und Gartenbau-Ausstellung und die Jahrhunderthalle, in Augenschein nahm, Abstand genommen worden, weil er sie im üblichen Gewande sehen wollte. Die Kaiserin nahm an der Besichtigung der historischen Abteilung nicht teil. Sie besah einen leichten Wagen und durchfuhr die Gartenbau-Ausstellung. Zuerst besichtigte sie die historischen Gärten, dann die neuzeitlichen Gärten, die Kolonialgärten, den Rosenarten und den im höchsten Schmuck stehenden Dahliengärten. Zum Schluß besichtigte die Kaiserin den japanischen Garten. Gartenbau-Inspektor Dr. Meißner führte die Kaiserin, die dann beim Restaurant „Abingold“ in der Ausstellung vorfuhr und dort einen Verkaufshand für Karren in Augenschein nahm, der zu Wohltätigkeitszwecken für das Auguste-Viktoria-Kreis in Berlin, das sich die Ausbildung von Krankenpflegerinnen im Kriege zur Aufgabe macht, aufgestellt worden ist. Die Kaiserin kaufte mehrere der schönsten Exemplare der Karten.

An der Guldigung der sächsischen Jugend, die der Kaiser nach der Besichtigung der Ausstellung entgegennahm, nahmen 24000 Schullinder teil. Das Kaiserpaar fuhr die Front der Aufzucht ab und nahm von der Rampe des Schlosses aus den Vorbeimarsch der Jugend ab.

Eine Rede des Oberpräsidenten.
Bei der Guldigung der sächsischen Jugend auf dem Palaissplatz hielt Oberpräsident Dr. v. Günther folgende Ansprache:
„Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät bitten über 20000 junge Schloßer, ihre jugendfrisch blühende Guldigung darbringen zu dürfen. Sie stehen vor Europa